

Jetzt ist Schluss mit Lustig

Auch die zweite Verhandlungsrunde für den öffentlichen Dienst der Länder (TdL) ist in Potsdam ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die Verhandlungen wurden ohne Ergebnis vertagt. Es gibt nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) keine Bereitschaft auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, stattdessen will die Tariftgemeinschaft der Länder (TdL) eine Verschlechterung bei der Definition des „Arbeitsvorgangs“ (§12 TVL) durchsetzen.

Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch:

Wir wollen für die Beschäftigten in den Ländern 6 Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro pro Monat, und das bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten.

„Jetzt werden wir den Druck von außen erhöhen“, kündigte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow am Donnerstag nach dem Ende der in Potsdam stattgefundenen zweiten Verhandlungsrunde an.

Die Tarifverhandlungen werden am 28. Februar und 1. März weitergeführt. Da es bislang zu keiner Einigung kam, ist vermehrt mit Warnstreiks zu rechnen.

René Klemmer, Vorsitzender der Bundestarifkommission, ergänzte: „Es geht bei diesen Verhandlungen nicht nur um eine spürbare Lohnerhöhung. Die strukturellen Probleme in der Entgeltordnung müssen beseitigt werden. Eine Absenkung von Eingruppierungen durch Veränderung der Definition des Arbeitsvorganges wird es mit uns nicht geben.

Es geht maßgeblich auch um die Entgeltordnung für die Beschäftigten in den Ländern. „Die Länder beharren jedoch bislang auf ihrer harten Position“, stellte Klemmer fest.

Deshalb:

GdP kündigt nun die Ausweitung von Warnstreiks und Aktionen an

Sybille Pilger
Gewerkschaft der Polizei BW
Maybachstraße 2 • 71735 Eberdingen
Telefon 07042 879 0 • info@gdp-bw.de



**Gewerkschaft
der Polizei**

Baden-Württemberg



Foto: Adobe Stock, © Stockwerk-Fotodesign